



Wer ist die Mitte?

Es gibt derzeit sehr viele Probleme in unserem Land. Das mit den größten gesellschaftlichen Auswirkungen ist ohne Frage die Corona-Pandemie. Immer wieder dreht sich alles um die entscheidende Frage, ob genügend Impfstoff vorhanden ist. Lauterbach hat Zweifel, die Union widerspricht. Wie viele Wahrheiten gibt es eigentlich.

Eines muss man unserem neuen Bundeskanzler **Olaf Scholz** bescheinigen, erhöhten Blutdruck bekommt man bei seinen Reden nicht. DER SPIEGEL beschreibt Scholz' erste Regierungserklärung am Mittwoch mit „Zehn Minuten Attacke, 80 Minuten Abwickeln.“ Zur Attacke gehörten die Ausführungen zu Corona. Natürlich könnten längst alle geimpft sein, die meisten auch dreifach. Verweigerer und Gegner des Impfens lassen sich mit herkömmlichen Appellen nicht überzeugen. Also müssen die Daumenschrauben angezogen werden, auf denen „Impfpflicht“ steht.

Wer sich die ganze Rede von Scholz angehört hat, dem fielen dann und wann die Augen zu. Eigentlich hat er nur den Koalitionsvertrag vorgelesen, den die meisten Abgeordneten und viele Bürgerinnen und Bürger ganz oder teilweise ohnehin kennen. An die neue Rollenverteilung im Parlament muss man sich erst gewöhnen. Die Union schießt gegen die Regierung und Grüne und FDP finden alles toll, was die Regierung macht. Nur Linke und AfD müssen sich nicht umgewöhnen.

Man muss nicht jedem Argument des Unions-Fraktionsvorsitzenden **Ralph Brinkhaus** folgen wollen, eines nötigt ihm aber großen Respekt ab, die freie Rede. Brinkhaus spricht druckreif. So haben es die alten Griechen und Römer vorgemacht. Frei und ohne Manuskript zu sprechen. Die heutige Zettelwirtschaft auf den Rednerpulten der Parlamente ist verwirrend, zumal, wenn die Redner nicht einmal richtig ablesen können.

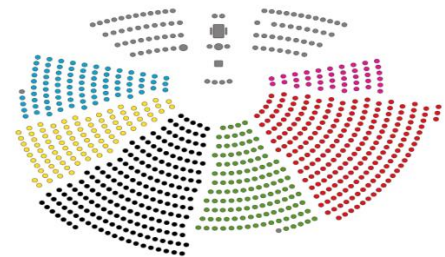
Brinkhaus hat in einer viertel Stunde alle Themen untergebracht, die es zu erwähnen galt. Von der Gratulation für die neuen Regierungsmitglieder bis zur inhaltlichen Kritik, verbunden aber mit dem Angebot zur Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten. Ausgerechnet aber in diesen Zeiten die Sitzordnung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages ändern zu wollen, ist ein unnötiger Affront gegen die Union aus CDU und CSU. Die FDP fühlt sich unwohl neben der AfD. Dafür kann man Verständnis haben, aber irgendwer muss neben der Partei sitzen, der es nicht gelingt, einen Bundestagsvizepräsidenten zu plat-

zieren, ja nicht einmal die ihr zustehenden Ausschuss-Vorsitzenden. Vielleicht sollte die AfD einmal darüber nachdenken, warum das so ist. Man kann nicht ernsthaft dieser Partei den Vorsitz im Innen- und schon gar nicht im Gesundheitsausschuss überlassen. Dass es hätte anders gehen können, wissen wir. **Anton Hofreiter** musste dafür entschädigt werden, dass er keinen Ministerposten abbekommen hat. Und da er gern Vorsitzender des Europa-Ausschusses werden wollte, konnte die AfD ungehindert den Innenausschuss greifen. So läuft das mit den persönlichen Befindlichkeiten.

736 Sitze

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

SPD	208
CDU/CSU	197
Bündnis 90/Die Grünen	116
FDP	92
AFD	92
Die Linke	39
Fraktionen	2



Grafik: bundestag.de

Genau nach diesem Muster will die FDP als Regierungspartei die Plätze mit der Union tauschen. Sie würden gern neben den Grünen in der Mitte sitzen. Damit würden dann die Regierungsparteien die Mitte des Parlaments bilden. Es ist politisch schon ziemlich komisch, dass sich SPD, Grüne und FDP als Mitte verstehen. Ist bei der SPD gar nichts mehr links?

Der Streit um die Sitzordnung im Parlament ist völlig überflüssig und schafft Gräben, die es bislang gar nicht gab. Vor allem die SPD, die lediglich über neun Abgeordnete mehr als die Union verfügt, sollte den Unsinn nicht mitmachen. Der FDP, die über ihre Bedeutung hinaus bei der Postenvergabe und inhaltlichen Gestaltung des Koalitionsvertrages berücksichtigt wurde, sollte Einhalt geboten werden. Schon **Nicole** sang 1981: „*Flieg' nicht so hoch, mein kleiner Freund. Die Sonne brennt dort oben heiß. Wer so hoch hinaus will, der ist in Gefahr.*“

Es könnte sein, dass die FDP irgendwann die Union für eine künftige Regierung braucht, und dann würde sich diese vielleicht an den verordneten Rechtsruck erinnern. „*Wie klein ist das denn?*“, fragte Brinkhaus und Parlamentsgeschäftsführer der Unionsfraktion, **Patrick Schnieder**, sagte der „*Rheinischen Post*“: „*Dies wird Auswirkungen auf andere Fragen des Miteinanders von Mehrheit und Minderheit in den parlamentarischen Abläufen haben.*“ Ist es das wert?

Ed Koch